

JVA Butzbach: Inhaftierte Arbeiter ab 1.12.2015 in Streik?

Gewerkschaftsfreiheit, Mindestlohn, Rentenversicherung, Abschaffung der Arbeitspflicht: Dies sind die Hauptforderungen inhaftierter Arbeiter der JVA Butzbach. In einem Brief der Interessenvertretung der Gefangenen und des Sprechers der Butzbacher Sektion der Gefangenengewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO) vom 29.09.2015 forderten die Gefangenen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann (CDU) auf, über diese und weitere Forderungen in Verhandlungen zu treten. Wenn die Ministerin nicht bis zum 1.12.2015 mit ihnen verhandelt, wollen Gefangene in den Hungerstreik treten.

Auslöser der Streikdrohung sind den Gefangenen bekannt gewordene Aufstellungen von Produktionskosten von Waren, die in der JVA Butzbach hergestellt werden. Aus diesen geht hervor, dass beispielsweise bei der Produktion von Hänge- und Trampolinmatten der Lohnkostenanteil am Erlös der JVA Butzbach ganze 0,32% beträgt.

Dazu Oliver Rast, Sprecher der GG/BO: *"Die Aufstellung der Produktionskosten aus der JVA Butzbach zeigt deutlich, dass Luft für angemessene Lohnsteigerungen ist. Der Mindestlohn gilt in Deutschland als sozialer Mindeststandard für alle Lohnarbeiten und soll deswegen auch den Inhaftierten zugestanden werden."*

Das hessische Justizministerium hat sich bisher nicht zu den Forderungen verhalten. Die Arbeit der Gefangenen sei keine Lohnarbeit und die Arbeitspflicht eine Notwendigkeit.

Das "Netzwerk für die Rechte inhaftierter Arbeiter_innen" ist dagegen der Auffassung, dass es sich bei der Arbeit in den Gefängnissen selbstverständlich um abhängige Beschäftigung handelt, weil den Gefangenen Arbeitszeit, Arbeitsorganisation und Arbeitsort (!) vorgegeben sind und sie mit Produktionsmitteln arbeiten, die nicht ihre sind.

Dazu Jörg Nowak vom Netzwerk: *"Die Koalitionsfreiheit wird im Grundgesetz für alle garantiert. Es gibt keinen Grund, weswegen sie Gefangenen vorenthalten werden sollte, denn ganz offensichtlich haben sie Anlass, sich für die 'Förderung ihrer Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen' zu organisieren, wie das Grundgesetz sich ausdrückt. Die regelmäßigen Zellenrazzien und der 23-stündige Einschluss des Sprechers der Butzbacher Sektion der GG/BO, Jürgen Rößner, stellen eine Behinderung seiner Gewerkschaftsarbeit dar."*

Das Netzwerk unterstützt die Forderungen der Gefangenen in der JVA Butzbach, weil es im Interesse aller lohnabhängig Beschäftigten ist, Mindeststandards zu halten und Sonderwirtschaftszonen in deutschen Gefängnissen, abzuschaffen.

Mit der Bitte um Beachtung bei Ihrer Veröffentlichung zum Thema,

Dr. Jörg Nowak, Politikwissenschaftler, Universität Kassel; Dr. Alexander Gallas, Sozialwissenschaftler, Universität Kassel und Herausgeber des Global Labour Journal; Dr. Peter Birke, Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen; Dr. Thomas E. Goes, Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen; Simon Aulepp, Vorsitzender des GEW-Kreisverbands Kassel-Stadt; Anne Engelhardt, Studierende, Uni Kassel; Birgit Schneider, ver.di Ortsverein Göttingen; Dr. Kristin Carls, Soziologin, Universität Göttingen; Dr. Heiner Köhnen, tie Global, Frankfurt; Assistenzprofessorin Dr. Stefanie Hürtgen, Universität Salzburg; Markus Rhein, TIE Bildungswerk e.V.; Lisa Carstensen, Doktorandin, Universität Osnabrück; Stefan Kerber-Clasen, Uni Erlangen-Nürnberg, MA Soziologe; Michael Fütterer, Tie global

für das Netzwerk für die Rechte inhaftierter Arbeiter_innen